

Daten | Fakten | Argumente

THEMA DER WOCHE

Fachkräfteengpässe – trotz schwächerer Konjunktur

Die Fachkräfteengpässe haben nochmals leicht zugenommen – so das Ergebnis des aktuellen DIHK-Arbeitsmarktreports. Fast die Hälfte der Unternehmen kann offene Stellen längerfristig nicht besetzen, weil sie keine passenden Arbeitskräfte finden. Diese Schwierigkeiten stabilisieren sich auf hohem Niveau.

Stellenbesetzung weiter schwierig

■ Während sich die Geschäftserwartungen der Unternehmen eintrüben, ist die Fachkräftenachfrage weiterhin hoch. Die Probleme bei der Stellenbesetzung haben im Vergleich zum Vorjahr sogar noch einmal leicht zugenommen – trotz Konjunkturabkühlung. Am stärksten ist dieses Plus bei Großunternehmen zu beobachten. Bemerkenswert, denn bei Bewerbern gelten sie vielfach als attraktive Arbeitgeber. Außerdem verfügen sie in der Regel über mehr Ressourcen für die Personalgewinnung als kleine und mittlere Unternehmen (KMU). Das ist ein Zeichen für steigende Engpässe insgesamt.

Beruflich Qualifizierte besonders gesucht

■ Kandidaten mit dualer Ausbildung sind besonders gesucht. 49 Prozent der Unternehmen mit aktuellen Stellenbesetzungsschwierigkeiten können solche Vakanzen nicht besetzen. 38 Prozent suchen erfolglos Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit einem Weiterbildungsabschluss. Bei Hochschulabsolventen sind es 33 Prozent. Noch ist die Arbeitslosigkeit der beruflich Ausgebildeten mit einer Quote von 3,9 Prozent höher als bei Hochschulabsolventen (2,3 Prozent) – sie nimmt aber stärker ab. Würde sich der Trend der letzten Jahre fortsetzen, hätten wir in rund fünf Jahren in beiden Qualifikationsbereichen de facto Vollbeschäftigung.

Bewerber fehlen

■ Die Hauptursache für Besetzungsprobleme ist schlichtweg das Fehlen der Bewerber – das berichten fast drei Viertel der Unternehmen, bei denen Stellen offen bleiben. Nicht viel seltener werden zu geringe oder unpassende Qualifikationen als Ursache genannt (60 Prozent). Aber auch Forderungen von Bewerbern, die die Betriebe nicht erfüllen können, sind ein Grund (37 Prozent). Je nach Region spielt eine zu geringe Standortattraktivität eine Rolle. Unternehmen aus Thüringen (30 Prozent) oder Brandenburg (24 Prozent) sehen hierin vergleichsweise häufig eine Hürde, wenn es darum geht, Fachkräfte zu gewinnen.

Qualifikationen weiter verbessern

■ Ein Baustein zur Fachkräftesicherung ist die Stärkung der Beruflichen Bildung. Sie muss im Rahmen der Berufsorientierung noch deutlicher als lohnende Alternative zu einem Hochschulstudium herausgestellt werden. Denn sie bietet attraktive Karriereoptionen. Zudem gilt es, die Menschen auf die Herausforderungen der Digitalisierung vorzubereiten. Denn eine digitalisierte Wirtschaft benötigt Fachkräfte, die über digitale Kompetenzen verfügen – beispielsweise Medienkompetenz oder Kenntnisse der Datenanalyse. Deswegen ist es richtig, auch im Rahmen der Nationalen Weiterbildungsstrategie über neue Förderinstrumente nachzudenken, wie ein „Digitalisierungs-BAföG“.

Zuwanderung erleichtern

■ Ausländische Arbeitskräfte tragen zum Jobwachstum in Deutschland bei. An erster Stelle steht die Zuwanderung aus der EU. Dennoch sollte auch die Fachkräftegewinnung aus Nicht-EU-Ländern einfacher werden. Deutlich mehr als die Hälfte der am DIHK-Arbeitsmarktreport beteiligten Unternehmen ist grundsätzlich bereit, Fachkräfte aus Drittstaaten einzustellen. Mit dem Fachkräfteeinwanderungsgesetz nimmt die Bundesregierung aktuell wesentliche Änderungen vor: Für beruflich Qualifizierte soll die Zuwanderung einfacher werden – ein richtiger Schritt, denn hier haben die Unternehmen die größten Engpässe. Bessere Sprachkenntnisse ausländischer Fachkräfte (53 Prozent) sowie ein einfacheres administratives Verfahren (41 Prozent) sind aus Sicht der einstellungsinteressierten Unternehmen besonders wichtige Voraussetzungen für die Rekrutierung aus Nicht-EU-Ländern. Ebenfalls relevant: Unterstützung im Einstellungsprozess (39 Prozent) sowie einfachere Zuwanderungsregelungen (26 Prozent). Bei der praktischen Umsetzung muss sich das Fachkräfteeinwanderungsgesetz daran messen lassen, dass es tatsächlich zu weniger und nicht zu mehr Bürokratie führt.